

CDM Watch
Rue d'Edimbourg 26
B-1050
Brüssel
Belgien
info@cdm-watch.org

Herrn Bundesumweltminister Norbert Röttgen
Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit
Alexanderstrasse 3
10178 Berlin

OFFENER BRIEF im Hinblick auf die Nutzung unzulässiger Emissionszertifikate durch EU-Mitgliedstaaten

9. März 2011

Sehr geehrter Herr Minister,

Am 21. Januar 2011 stimmten die EU-Mitgliedstaaten einem Vorschlag der Europäischen Kommission zu, Emissionszertifikate aus Projekten zur Zerstörung von Industriegasen für die Gase HFC-23 und N₂O aus der Apidinsäureproduktion (N₂O AA) im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems ab dem 30. April 2013 zu verbieten. Diese wegweisende Entscheidung, Industriegas-Zertifikate auf dem europäischen Emissionsrechtmarkt zu verbieten, wurde von Umweltaktivisten als Sieg für die ökologische Integrität des EU-Emissionshandelssystems gefeiert. Der Beschluss ist ein leuchtendes Beispiel für die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, der Integrität des Emissionshandelssystems Vorrang zu geben vor den Interessen einer Handvoll kommerzieller Investoren, die ihre finanziellen Interessen schützen wollen.

Wie Sie sicher wissen, bringen Emissionszertifikate für die Zerstörung von Industriegasen vielerlei Probleme mit sich. Sie unterlaufen sowohl das Montreal-Protokoll als auch die internationalen Klimaziele der EU. Sie sind nicht kosteneffizient, sind in Schwellenländern statt in den am wenigsten entwickelten Ländern konzentriert, und sie bringen nur wenig Nutzen für eine nachhaltige Entwicklung. Eine Untersuchung der Daten aller registrierten HFC-23- und N₂O AA-Projekte zeigt, dass viele der Zertifikate, die durch sie erzeugt werden, keine wirklichen Emissionsreduktionen darstellen. Wenn man davon ausgeht, dass Zertifikate immer nur ein Nullsummenspiel sein können, unterlaufen diese Zertifikate unmittelbar das Emissionsreduktionsziel innerhalb der EU.

Wir begrüßen zwar das einheitliche Handeln zur Verteidigung der ökologischen Integrität des EU-Emissionshandelssystems, es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass das Verbot sich nicht auf die nationalen Ziele der EU-Mitgliedstaaten in den nicht in den Emissionshandel einbezogenen Sektoren bezieht. Das ist wichtig, wenn man davon ausgeht, dass gemäß der Effort Sharing Decision (ESD) bis zu zwei Drittel der gesamten Emissionsreduktionen der EU-Mitgliedstaaten im Zeitraum von 2013 bis 2020 aus Emissionszertifikaten kommen dürfen.

Wenn das obige Verbot für den EU-Emissionshandel in Kraft tritt, hat die Europäische Kommission darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten sich voraussichtlich für die Nutzung von HFC-23 und N₂O AA-Zertifikaten zum Erreichen ihrer nationalen Klimaziele nach 2013 rechtfertigen müssen. Man nimmt

jedoch an, dass einige EU-Mitgliedstaaten sich die Formulierung der ESD zunutze machen werden, wonach es nicht explizit verboten ist, Zertifikate, die im EU-Emissionshandelssystem verboten worden sind, weiterhin zu nutzen. Sie werden daher weiterhin HFC-23- und N₂O AA-Zertifikate mit anrechnen, um ihre nationalen Klimaziele zu erreichen.

Wir stellen fest, dass die dänische und die britische Regierung vor kurzem öffentlich bekanntgemacht haben, dass sie sich dazu verpflichten, dieselben Vorschriften, die für die Teilnehmer am EU-Emissionshandel gelten, auch national anzuwenden, und dass sie nach 2012 zum Erreichen ihrer Klimaziele keine HFC-23- und N₂O AA-Zertifikate mehr nutzen werden. Wir gehen davon aus, dass Deutschland ebenfalls in Betracht zieht, dass im Sinne der Konsistenz und der ökologischen Integrität dieses Verbot auch auf die Sektoren des Effort Sharing ausgedehnt werden sollte. Um die Dinge klarzustellen, möchten wir Sie bitten, zu bestätigen, dass Deutschland tatsächlich auf nationaler Ebene nach 2013 ein solches Verbot einführen wird, und dass Sie die Absicht haben, ihre befreundeten EU-Mitgliedstaaten zu ermutigen, das Gleiche zu tun.

Angesichts des Schadens, den qualitativ schlechte Zertifikate für die ökologische Integrität des EU-Emissionshandels, aber auch für die weltweiten Bemühungen zur Emissionsreduktion anrichten, fordern wir Sie auf, sofort zu handeln und diese Zertifikate sobald wie möglich, spätestens jedoch bis April 2013, aus dem deutschen nationalen Register auszuschließen. Erst wenn alle 27 EU-Mitgliedstaaten sich auf nationaler Ebene zu einem ähnlichen Handeln entschlossen haben, wird das Verbot für HFC-23- und N₂O AA-Zertifikate wirklich umfassend sein.

Mit freundlichen Grüßen,



Jürgen Maier
Direktor
Forum Umwelt & Entwicklung



Eva Filzmoser
Direktor
CDM Watch



Rob Elsworth
Policy Officer
Sandbag Climate Campaign



Fionnuala Walravens
Global Environment Campaigner
Environmental Investigation Agency